



Foto: Alexander Albr

# Triumph der Antipolitik

Am 20. und 21. September findet das Referendum zur Reduzierung der Anzahl der Parlamentarier statt. Bislang ohne öffentliche Debatte. Ein Gastbeitrag von Günther Pallaver.

**E**igentlich könnte man glauben, kein Referendum sei so unnützlich wie jenes zur Reduzierung der Anzahl der Parlamentarier, das wegen der Corona-Epidemie vom 29. März auf den 20. und 21. September verschoben worden ist. Von der 5-Sterne-Bewegung initiiert, haben so gut wie alle Parteien dafür gestimmt: Unter den Gegnern befindet sich +Europa von Emma Bonino fast allein, gäbe es da nicht die „Comitati per il No al taglio dei parlamentari“. Verkleinert werden soll die Kammer von 630 auf 400 Abgeordnete, der Senat von 315 auf 200 Senatoren.

Als Anfang Oktober 2019 das Parlament das Verfassungsgesetz verabschiedet hatte, feierte Luigi Di Maio (5 Sterne) auf dem Platz vor der Kammer die

Abstimmung, indem er mit großen Scheeren aus Karton Sessel aus Stoff zerschneidete. Es war der Triumph der Antipolitik der 5-Sterne-Bewegung, ein weiterer Schlag gegen die repräsentative Demokratie und gegen die „casta.“

**Als Di Maio** noch mit Matteo Salvini regierte, opponierte der PD gegen den „Kahlschlag des Parlaments“. Parteichef Nicola Zingaretti hatte immer kritisiert, die Reduzierung der Parlamentarier sei wenig sinnvoll, wenn diese nicht in einem Gesamtkontext erfolge, wie etwa mit der Neufassung des Wahlsystems. Kaum an der Regierung, ließ sich der PD die „kontextuellen“ Reformen garantieren und stimmte im letzten Durchgang dem Verfassungsgesetz zu. Wird in Italien

ein Verfassungsgesetz, das viermal durch Kammer und Senat muss, in den letzten beiden Durchgängen mit absoluter, nicht aber mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet, haben ein Fünftel der Mitglieder von Kammer oder Senat, 500.000 Wähler oder fünf Regionalräte die Möglichkeit, ein Verfassungsreferendum zu beantragen, das an kein Quorum der Wahlbeteiligung gebunden ist.

Der Gegenschub spielte sich unter turbulenten Umständen ab. Die drei Einbringer des Referendums, zwei Vertreter von Forza Italia und ein Exponent des PD, präsentierten 64 Unterschriften von Senatoren. Einige zogen sie im letzten Augenblick zurück, aber Salvinis Lega sprang ein. Unter den 71 Unterzeichnern befinden sich 42 Exponenten von Forza

Künftig soll es in der Abgeordnetenkammer (hier im Bild) und im Senat mehr freie Plätze geben.



## FAKTOR TRENINO-SÜDTIROL

In der Debatte wird von den **Gegnern** der Reform gern die Region Trentino-Südtirol ins Spiel gebracht. Dort wurden bislang 11 Abgeordnete gewählt, auf einen Abgeordneten kamen 93.500 Einwohner. Künftig werden es je 147.000 Einwohner sieben sein. Was den Senat betrifft, so wurden bislang je 147.000 Einwohner sieben gewählt, mit der Reform werden es pro 171.500 Einwohner sechs sein, drei für jede Provinz. Sollte das **Verfassungsgesetz** in Kraft treten, wird erstmals eine Mindestanzahl an Senatoren für die Autonomen Provinzen verfassungsrechtlich verankert.

Kleine Regionen wie Molise, Aosta und Trentino-Südtirol, so die Reformgegner, seien überrepräsentiert. Trentino-Südtirol läge mit sechs Senatoren weit über dem Durchschnitt. Die **Befürworter** kontern, in Trentino-Südtirol würden internationale Verträge den Minderheitenschutz und die parlamentarische Vertretung garantieren. Und überhaupt, die beiden Autonomen Provinzen Trient und Bozen könne man de facto als eigene Regionen ansehen und für jede Region sei im Verfassungsgesetz ein Minimum von drei Senatoren vorgesehen.

Italia. Schon daraus wird ersichtlich, dass jede Partei andere Interessen verfolgt. Mit der Reform würde Forza Italia auf eine Handvoll Abgeordnete reduziert. Salvini wiederum hoffte, dass mit seinen Unterschriften das Parlament vorzeitig aufgelöst würde, um dann die Wahlen zu gewinnen. Damit wäre das Parlament noch vor dem Referendum in alter Größe gewählt worden mit einer Galgenfrist von fünf Jahren.

Das verabschiedete Gesetz sieht die Reduzierung der Parlamentarier um 36,5 Prozent vor. Dadurch ändert sich der Repräsentationsschlüssel: In der Kammer erhöht sich das Verhältnis von 96.000 auf 151.000 Einwohner pro Mandat, im Senat von 188.500 auf 302.500. Bislang galt die Regel, dass keine Region weniger als sieben Senatoren aufweisen darf, mit Ausnahme von Molise (zwei) und Aosta (ein Senator). Molise und Aosta bleiben unangetastet, aber sonst werden die sieben Senatoren auf drei reduziert. Von den 400 Abgeordneten werden nicht mehr zwölf, sondern nur mehr acht über die Auslandswahlkreise gewählt, im Senat

statt acht nur mehr vier. Es bleiben die Senatoren auf Lebenszeit, deren Anzahl auf fünf eingefroren wird. Ehemalige Staatspräsidenten behalten das Recht auf einen Sitz im Senat.

**Stellt man einen Vergleich** unter den 27 EU-Mitgliedsländern an, so wählte Italien bisher einen Abgeordneten pro 100.000 Einwohner. Damit lag Italien in der Nähe von Spanien (0,8), Deutschland, Frankreich und den Niederlanden (alle 0,9). In Zukunft werden 100.000 italienische Einwohner nur mehr 0,7 Abgeordnete wählen. In keinem anderen EU-Land braucht es in Zukunft für einen Abgeordneten so viele Einwohner wie in Italien.

Kaum war das Verfassungsgesetz verabschiedet, kam es zu einem heftigen Schlagabtausch. Die Befürworter sprechen davon, dass die Reduzierung der Parlamentarier bereits seit Jahrzehnten von fast allen politischen Kräften gefordert werde. Es werde zu einer Verringerung der Kosten kommen, unmittelbar und längerfristig. Heute kostet die Kammer 1,5, der Senat 1,7 Millionen Euro

pro Abgeordneten. Eingespart werden 300–400 Millionen pro Jahr. Außerdem würde die abgespeckte Anzahl an Parlamentariern die Arbeit der Volksvertretung weniger schwerfällig machen.

Die Gegner weisen auf die geringere Repräsentativität mit einer Reihe von Konsequenzen hin. Es werden weniger Kräfte ins Parlament einziehen, politische Minderheiten draußen bleiben. Es wird ein weniger enges Verhältnis zwischen Wählern und Gewählten geben, Territorien ohne parlamentarische Vertretung bleiben. Demokratie und parlamentarische Vertretung dürften nicht dem Sparstift zum Opfer fallen. Die tatsächlich hohen Kosten gehen zu 42 Prozent auf die Pensionszahlungen und die hohen Ausgaben für das Personal zurück.

Und schließlich werde wie immer eine Reform vorangetrieben, ohne die Folgen in Betracht zu ziehen. Die Reduzierung der Parlamentarier habe Auswirkungen auf: die Zusammensetzung der parlamentarischen Kommissionen, die Anzahl der Fraktionen, die Wahl des Staatspräsidenten mit einem plötzlich größeren Gewicht der Regionen, auf die Wahl der Verfassungsrichter und Mitglieder des Obersten Richterrates. Vor allem fehle ein Wahlrecht mit der neuen Einteilung der Wahlkreise.

Der letzte Punkt war auch eine Forderung des PD, um doch noch für die Reduzierung zu stimmen. Das aktuelle kombinierte Wahlsystem aus Mehrheits- und Verhältniswahl soll durch ein reines Verhältniswahlsystem mit einer 5-Prozent-Klausel ersetzt werden, verbunden mit der Neueinteilung der Wahlkreise. Dagegen steigen die Rechtsparteien auf die Barrikaden. Aber auch innerhalb der Regierung knistert es. Erst vor wenigen Tagen hat es Italia Viva von Matteo Renzi vereitelt, dass das Gesetz auf die Tagesordnung der Kammer gesetzt wurde. Leicht möglich, dass die Parlamentarier reduziert werden, ohne zu wissen, wie man sie wählen wird.

Auf dem Papier scheint das Referendum eine „gmahnte Wiesen“ zu sein, aber die Opponenten leisten vermehrt Widerstand. ■

*Günther Pallaver ist Politikwissenschaftler an der Uni Innsbruck.*